

01) HT 2021: Dezentrierte Antike? Zur grenzüberschreitenden Ausstrahlung von Städten und Regionen Ostroms in der Spätantike

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Alexander Graumann-Kardan, Alte Geschichte, Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Von einer dezentrierten (Spät-)Antike zu sprechen, erscheint zunächst widersinnig, lässt sich das Römische Reich durch eine strukturelle Ausrichtung zu einem, später mehreren kaiserlichen Zentren hin charakterisieren. Während Diokletian eine geradezu dezentralisierende Politik verfolgte, lässt sich in den folgenden Jahrhunderten augenscheinlich eine Rezentralisierung beobachten, die besonders Konstantinopel zum wichtigsten Zentrum werden ließ. Neben Konstantinopel gab es jedoch Orte, die Zentrumsfunktionen beanspruchen konnten und damit in Konkurrenz zu einem singulären Zentrumsort traten: Alexandria, Antiochia, Rom oder Karthago erfüllten solche Funktionen in Handel, Verwaltung, Bildung, Kultur und Religion.

Dass das Reich eine polyzentrische Struktur besaß, wurde auch von der Fachsektion „Dezentrierte Antike? Zur grenzüberschreitenden Ausstrahlung von Städten und Regionen Ostroms in der Spätantike“ unter Leitung von Hartmut Leppin und Alexandra Hasse-Ungeheuer (beide Frankfurt) betont. Die Auswahl der in den vier Vorträgen vorgestellten Städte erwies sich als abwechslungsreich: Neben den beiden prominenten Vertretern Alexandria und Konstantinopel, waren mit Edessa und dem eher unbekanntem Ashdod Yam zwei Städte vertreten, die man sicher nicht selbstverständlich als Zentrumsorte nennen würde. Im Fokus stand bei allen Vorträgen der Einfluss des Christentums.

Den Anfang machte HARTMUT LEPPIN (Frankfurt am Main) mit einer Darstellung von Edessa. Leppin machte deutlich, dass sich die Stadt aus der Perspektive des Kaisers und der Verwaltung wohl an der Peripherie des Reiches befand, sich die Stadt selbst und besonders die Elite von Edessa jedoch nicht unbedingt als peripher verstand. So sei die Stadt selbst reiches Handelszentrum gewesen und habe sich als treue christliche Stadt definiert. Auch im kulturellen Bereich habe Edessa eine Zentrumsfunktion besessen. Sprachlich dominiere Aramäisch, dessen in Edessa gesprochener Dialekt sich später als syrische Sprache durchgesetzt habe. Diese Entwicklung sei maßgeblich von der städtischen Elite getragen gewesen, die hierin ein mögliches Distinktionsmerkmal zu ihrer arabischen Umgebung gesehen habe. Der Stellenwert der Bildung in Edessa zeige sich in der Existenz verschiedener Schulen, deren jeweilige Namen in den Quellen (Schule der Perser u.a.) auf die überregionale Bedeutung Edessas hindeute. Diese Verbindung von Bildung und Aristokratie habe auch die Entwicklung des Christentums vor Ort geprägt. So habe der syrische Gelehrte Bardesanes in einem vornehmlich aristokratischen Umfeld in Edessa gewirkt, wie es so im Rest des Reiches einem Christen wohl nicht möglich gewesen

wäre. Die christliche Bildung habe nach dem Fall von Nisibis einen Schub erhalten, als Ephräm der Syrer nach Edessa übersiedelte, bis Kaiser Zeno 487 die Schließung der Schule veranlasste. Der Bischof sei lange Zeit keine bestimmende Figur innerhalb der Gemeinde und stärker als andernorts von der städtischen Aristokratie abhängig gewesen. In Edessa habe sich ferner eine eigene, spezielle Form der Askese entwickelt und bis zur Amtszeit Rabbulas von Edessa sei die Einbindung in die kirchlichen Strukturen des Römischen Reiches eher schwach ausgeprägt gewesen. Eine Beziehungslinie in den Osten habe sich einerseits über die Apostel Thomas und Thaddäus ergeben, die in der Stadt hohe Verehrung fanden und über Thomas eine Beziehung zu Christen in Indien begründeten. Andererseits zeige sich die Bedeutung der syrischen Sprache unter anderem in Inschriften der Stele von Xi'an, auch wenn ein direkter Bezug zu Edessa hier unklar bleibe. Edessa besaß folglich als Zentrum eine eigene, grenz- und kulturüberschreitende Peripherie.

Eine Grenzüberschreitung der Fächer bot der zweite Vortrag von BALBINA BÄBLER (Göttingen), die über die Grabungsergebnisse in der antiken Stadt Ashdod Yam (gr. *Azotos Paralios*) berichtete. Die für Historiker bisher kaum bekannte Stadt lag an der Mittelmeerküste im heutigen Israel. Bäßler stellte die Funde aus der Basilika der Stadt vor, welche im 6. Jahrhundert durch einen Brand zerstört wurde. Einen besonderen Fokus legte Bäßler dabei auf die gefundenen Mosaik. Diese enthielten griechische Inschriften für verstorbene Diakone und Diakoninnen, deren Gräber sich offenbar unter diesen Mosaiken befanden. Bemerkenswert sei die Art der inschriftlichen Datierung. So seien zwar die verwendeten Monatsnamen auch aus der Nachbarstadt Ashdod bekannt. Die Jahreszählung erfolge jedoch durch Ärenzählung, die auf römischer Millenniumszählung basieren müsse. Diese Art der Zählung sei in dieser Zeit nach bisheriger Erkenntnis in der Region einzigartig. Eben diese Ärenzählung sei später jedoch in Georgien und Armenien übernommen worden. Georgier hätten laut Bäßler zu den frühesten Pilgern und Klostergründern im Heiligen Land gezählt, auch frühe Schriftzeugnisse in georgischer Sprache ließen sich in Palästina finden. Bäßler betonte aber, dass diese frühen Klöster kosmopolitisch gewesen seien und daher Anziehungspunkte für Christen verschiedenster Herkunft waren. Spekulativ blieb, ob die Verwendung der Ärenzählung in Ashdod Yam eine Abgrenzung von der Umwelt, speziell zu Byzanz und damit eine Anbindung an Rom suggerieren könnte. Unter einigen Mosaiken befanden sich die Gräber von Hingerichteten, wobei Bäßler hinter den Toten Märtyrer vermutet. Neben diesen fanden sich jedoch auch Widmungen für Diakone, Diakoninnen, sowie für asketische Frauen. Auch für Bischöfe seien einige Inschriften gefunden worden, insgesamt überwiege aber der Eindruck, dass Diakone und Diakoninnen eine sehr viel bedeutendere Stellung innerhalb der Gemeinde eingenommen hätten, als andernorts. Besonders die relative Gleichstellung von Diakoninnen mit ihren männlichen Gegenstücken sei auffällig. Die Bestattung von Heiligen innerhalb der Kirche deutet Bäßler als eine Art Anker für die Gemeinde, die die besondere Nähe zu den Verstorbenen gerade in Krisenzeiten gesucht habe. So ließen sich auch einige im 6. Jahrhundert ausgehobene Gräber in diesem Kontext deuten, handle es sich bei den Toten aufgrund des Einsatzes von Kalkpulver doch vermutlich um Seuchenopfer. Bäßler charakterisierte Ashdod Yam als Handelsstadt mit kultureller und religiöser Strahlkraft, die trotz der Existenz einer aktiven und sehr eigenständigen christlichen Gemeinde kaum Erwähnung in schriftlichen Quellen gefunden habe.

Im dritten Vortrag führte PHILIP FORNESS (Frankfurt am Main) nach Alexandria und von dort aus nach Nubien und Äthiopien. Forness verwies zunächst auf die verschiedenen Aspekte, die eine Zentrumsfunktion Alexandrias schon innerhalb des Reiches erkennen ließen und erläuterte dann ihren Einfluss auf die seit etwa 340 greifbaren Christianisierungsprozesse in Nubien und Äthiopien. Forness stellte die Entwicklung

zunächst aus römischer Perspektive anhand von Athanasios' *apologia ad Constantium*, in welcher dieser einen Brief Constantius' II. an den Bischof von Aksum zitierte, dar. In diesem habe Constantius gefordert, Gregor von Kappadokien als Bischof von Alexandria zu unterstützen. Aus der *historia ecclesiastica* Rufinus' von Aquileia erläuterte Forness die Episode rund um Frumentius, der nach Äthiopien verschleppt worden war, wo er später bedeutende Posten am Königshof erhalten hatte. Seinen Einfluss habe er genutzt, um die Errichtung christlicher Kirchen zu erreichen. Nach dem Tod des Königs habe sich Frumentius an Athanasios in Alexandria und nicht an die ihm vertraute Gemeinde seiner Heimatstadt Tyros gewandt. Als Letztes wurde die *historia ecclesiastica* Johannes' von Ephesus herangezogen, der von drei Missionsreisen in den nubischen Raum berichtet. Die erste und zweite Missionsreise sei maßgeblich vom alexandrinischen Bischof Theophilos initiiert worden. Die dritte Missionsreise habe dann aber bereits innernubisch stattgefunden. So berichte Johannes von Ephesus von einem Briefwechsel zwischen den Königreichen Alwa und Nobatia, welcher eine Christianisierung mit Duldung des Patriarchen in Alexandria von Nobatia aus zur Folge gehabt habe. Diese römische Perspektive wurde durch den Versuch einer Binnenperspektive ergänzt, wobei der Mangel an überlieferten Schriftquellen Schwierigkeiten bereitet. Die Christianisierung habe die Literatur nicht erst in Äthiopien etabliert, jedoch als Katalysator gewirkt. Besonders wichtig seien in der Anfangsphase Übersetzungen aus dem Griechischen und Koptischen gewesen. Der Einfluss Alexandrias werde in den erhaltenen Schriftsammlungen aus dieser Zeit deutlich, etwa bei der äthiopisierten Schreibweise Kyrills von Alexandria der *Qerellos*. Die sogenannte Aksumitische Sammlung bestehe hingegen aus einer übersetzten Geschichte sowie liturgischen Texten der Kirche Alexandrias. Auch im nubischen Bereich ließen sich diese tendenziellen Bezüge nach Ägypten bei gleichzeitiger eigener literarischer Ausgestaltung fassen. Griechisch sei dort die Sakralsprache geblieben, Lesungen und Predigten allerdings in koptischer oder altnubischer Sprache durchgeführt worden. Bekannte nubische Übersetzungen aus dem Griechischen seien etwa ein größtenteils liturgisches Lektionar und die ursprünglich griechische Homilie *in venerabilem crucem sermo*. Abschließend hielt Forness fest, dass sich der Einfluss der alexandrinischen Kirche auf die Gebiete südlich des ersten Nilkatarakts zwar deutlich zeige, jedoch sei es beginnend in der Spätantike zu einer lokalen Ausgestaltung des christlichen Glaubens gekommen. In der Folge hätten sich sowohl Nubien als auch Äthiopien als lokale Zentren des Christentums etabliert.

Der abschließende Vortrag von ALEXANDRA HASSE-UNGEHEUER (Frankfurt am Main) widmete sich Konstantinopel, wobei sie einen Fokus auf die Regierungszeit Justinians I. legte, dessen rezentrierende Politik eher zu Abspaltungsprozessen und Dezentrierung beigetragen habe. Zunächst sei es Justinians Wille gewesen, Konstantinopel zum Zentrum der christlichen Welt werden zu lassen. So hätten etwa die Konzile von 536 bzw. 553 zahlreiche Bischöfe und Asketen aus Ost und West nach Konstantinopel geführt. Besonders präsent seien auch syrische Asketen, die hier den Dialog mit dem Kaiser suchten. Justinians Versuche, eine kirchliche Einheit zu erreichen, seien jedoch gescheitert und hätten gerade zur Polyzentrik, besonders im syrischen Raum, beigetragen. Weiterhin habe Justinian versucht, Konstantinopel als Bildungszentrum zu etablieren. Nicht nur ließe sich ein Eingreifen in die Lehrtätigkeit feststellen (Verbot für Häretiker als öffentlich bestellte Lehrer tätig zu sein), sondern es sei auch zu einer Beschränkung in der Juristenausbildung auf die Städte Rom, Berytos und eben Konstantinopel gekommen. Unabhängig davon, ob die platonische Akademie in Athen geschlossen wurde oder ob es lediglich Repressionen gab, führte Hasse-Ungeheuer zufolge auch hier der Wille nach Zentrierung zu einer Abspaltung, etwa durch die (zeitweise) Abwanderung von Philosophen nach Persien. Ein letzter Fokus lag auf der bedrohten Balkanregion. Hier sei mit Justiniana Prima die Schaffung eines neuen Zentrums versucht worden, um eine unmittelbarere Anbindung an Kaisertum und

Konstantinopel zu erreichen. Dieses neue Zentrum sei als Erzbischofssitz in Konkurrenz zu Thessalonica, welches zu dieser Zeit stärker an Rom ausgerichtet war, gestärkt worden. Die Zentrumsfunktion sei hier nicht in der Tradition begründet, sondern im biographischen Bezug zum Kaiser selbst. Der Versuch, mit Justiniana Prima ein neues, exklusives, jedoch künstliches Zentrum mit Anbindung an den Kaiser und seine Stadt zu etablieren, sei jedoch schließlich gescheitert, genauso wie die rezentrierende Politik Justinians insgesamt.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Zentrumsfunktionen der jeweiligen Städte nicht auf den christlichen Bereich beschränkt werden sollten, sondern insbesondere wirtschaftliche Aspekte eine bedeutende Rolle spielten. Auch eine Präzisierung der Rolle des Christentums, besonders im Unterschied zum Heidentum, bei der Ausbildung von Städten als regionale Zentren wurde diskutiert. Ein möglicher Vorteil des Christentums zeigte sich dabei in einer höheren Mobilität der christlichen Religion, welche nicht nur eine beständige räumliche Ausweitung und Ausprägung regionaler Zentren förderte, sondern auch die Integration von Fremden in die Religion erleichterte.

Insgesamt eröffnete die Fachsektion spannende Perspektiven, welche die Komplexität des Sachverhaltes deutlich machten. Politische, religiöse, kulturelle, wirtschaftliche, infrastrukturelle und nicht zuletzt sprachliche Aspekte müssen in ihrer Bedeutung untersucht und miteinander in Bezug gesetzt werden, um Städte als dezentrierte Zentren adäquat verstehen zu können. Die christliche Perspektive als Leitfaden konnte insgesamt überzeugen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Hartmut Leppin (Frankfurt am Main) / Alexandra Hasse-Ungeheuer (Frankfurt am Main)

Hartmut Leppin (Frankfurt am Main): Edessa und seine Umgebung als kulturelles Zentrum der syrischen Welt in der Spätantike

Balbina Bäbler (Göttingen): Palästina und die Kaukasusregion in der Spätantike

Philip Forness (Frankfurt am Main): Alexandria und die kirchliche Geschichte Nubiens und Äthiopiens in der Spätantike

Alexandra Hasse-Ungeheuer (Frankfurt am Main): Konstantinopel und das Streben nach Zentralisierung kaiserlicher Macht

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Dezentrierte Antike? Zur grenzüberschreitenden Ausstrahlung von Städten und Regionen Ostroms in der Spätantike, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 27.11.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9175.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) HT 2021: Fotografien im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Svea Hammerle, Abteilung III Medien- und Informationsgesellschaft, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Entlang von Fragen nach Zugangsweisen, Untersuchungsgegenständen, Forschungsansätzen und Methodologien spürte die von Michael Wildt (Berlin) geleitete Sektion den geschichtswissenschaftlichen Umgang mit privaten Fotografien und Fotoalben als Medien zwischen Privatheit und Öffentlichkeit nach. Einsteigend erinnerte Wildt daran, dass die Visual History nicht erst seit dem Historikertag 2006 in Konstanz an Relevanz gewonnen habe, sondern von Wissenschaftler/innen wie Tim Starl, Peter Geimer, Herta Wolf, Jens Jäger und Cornelia Brink bereits seit mehreren Jahrzehnten erforscht wird. Das Bewusstsein, dass visuelle Quellen elementare Bestandteile der Geschichte des 20. Jahrhunderts sind, sei zwar unter Historiker/innen und Kulturwissenschaftler/innen in den letzten Jahren deutlich gewachsen, trotzdem konstatierte er, dass geschichtswissenschaftliche Forschungsprojekte im Bereich der Visual History noch immer rar seien. Drei in den letzten Jahren begonnene Projekte wurden im Rahmen des Panels vorgestellt. Der Beitrag von SYLVIA NECKER (Minden) zu (Selbst-)Repräsentationen deutsch-jüdischer Familien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts musste krankheitsbedingt entfallen.

OFER ASHKENAZI (Jerusalem) präsentierte seine Untersuchungen zum Begriff und Motiv der „Heimat“ in deutsch-jüdischen Familienfotoalben zwischen 1928 und 1938. Ashkenazi unterstrich die Relevanz der privaten Fotografie für die Erforschung der deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte. Durch die Analyse privater Fotoalben, die den Alltag deutscher Jüdinnen und Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft visualisieren, konnte er sich über die Fotografien und Bildunterschriften sowie durch ihre assoziativen Beziehungen im Album den alltäglichen Erfahrungen in einer Zeit extremer Unsicherheit annähern. Die jüdische Privatfotografie war in den frühen 1930er-Jahren bereits weit verbreitet, da Kameras günstig zu erwerben und leicht zu bedienen waren. Daher seien Fotoalben, so Ashkenazi, aufgrund ihrer schieren Menge und Vielfalt von anderen Arten von Egodokumenten zu unterscheiden. Auch sei die jüdische Gesellschaft, ebenso wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft, durch die Rezeption von Fotozeitschriften und Magazinen eine in Fototechnik und -ästhetik gebildete Öffentlichkeit gewesen, was wiederum die vielfältige Aneignung generischer Bildmotive in den jüdischen Fotoalben erkläre. Mit einem Team aus deutschen und israelischen Wissenschaftlern untersucht das Projekt das Auftreten ähnlicher Bildsprachen und -motive und zeigt die Bedeutung der Fotoanalyse auch in Fällen auf, in denen wenig oder nichts über die Umstände der Herstellung und beabsichtigte Betrachtung der Fotografien bekannt ist. Durch Einzelbild- und Albenanalysen konnte Ashkenazi anhand wiederkehrender Heimatmotive aufzeigen, dass die visuellen Codes der Fotografien komplexe und multivalente Schlussfolgerungen zulassen, die sich besonders gut für die Vermittlung von Emotionen und Ansichten in einer Zeit der Krise und

Unsicherheit eignen. Gleichzeitig visualisieren die Fotografien des eigenen Zuhauses und der Heimat die vielschichtigen Zugehörigkeiten der Jüdinnen und Juden zum nationalsozialistischen Deutschland. In Bezug auf das Zusammenspiel von Fotografien und Bildunterschriften wies Ashkenazi darauf hin, dass Ironie eine gängige Ausdrucksform in der Albengestaltung von Jüdinnen und Juden sei. So wurde eine Fotografie, die zwei Jungen beim morgendlichen Aufstehen zeigt, unterschrieben mit der Propagandaparole „Deutschland erwache“.

ULRICH PREHN (Berlin) widmete sich in seinem Vortrag der fotografischen Darstellung von Arbeitswelten im Nationalsozialismus im Spannungsfeld zwischen öffentlicher (Re-)Präsentation und privater Erinnerung. Er nutzte die Sphären „öffentlich“ und „privat“, die sich zwar nicht trennscharf unterscheiden lassen und sich in vielerlei Hinsicht überlagern, um Aussagen über Repräsentationsweisen, Abbildungskonventionen, Überlieferungen, Produktions- und Zirkulationsbedingungen sowie über die Reichweiten von Fotografien von Arbeitswelten zu treffen. Hierfür analysierte er sowohl Fotografien von Berufsfotograf/innen als auch die Visualisierung von Arbeit in privaten Fotoalben. Zunächst arbeitete er die überhöhende Ästhetisierung des männlich-athletischen Körpers und die Parallelisierung der Topoi Sport und Arbeit in Fotografien der Lichtbildwerkstatt Hehmke-Winterer heraus. Der entindividualisierte, nackte männliche Torso wurde in diesen Auftragsfotografien als Sinnbild für die Arbeitskraft der Nation und der nationalsozialistischen Ideale inszeniert. Zudem zeigte er auf, wie Fotografien und insbesondere Text-Bild-Kombinationen Propagandainhalte versinnbildlichen konnten. Die Industriefotografin Ruth Hallensleben hingegen betonte durch bildgestalterische Entscheidungen die Handfertigkeit, den Kenntnisreichtum und das Geschick der von ihr im Produktionskontext, also bei der Ausführung der Arbeiten, abgebildeten Arbeiter. Beide Beispiele zielten auf eine Ästhetisierung und damit eine Aufwertung der Körper von Arbeitern im nationalsozialistischen Deutschland ab. Durch den Vergleich von zwei privaten Fotoalben konnte Prehn herausarbeiten, wie sich Individuen im Nationalsozialismus fotografisch sowie durch die Albumgestaltung und -erzählung in Arbeitszusammenhänge „einschreiben“ konnten. Generell seien Motive der Arbeit in privaten Alben im Vergleich zu Familien- und Freizeitdarstellungen eher selten, doch konnte Prehn durch die Analyse der Bildunterschriften und der Seitenmontagen eine Vergemeinschaftung bzw. betrieblich-nationalsozialistische Gemeinschaftsstiftungen ausmachen. Auch seien die privaten Schnappschüsse im Vergleich zu den Auftragsarbeiten weniger inszeniert und visuell weniger aufgeladen, weshalb die Bildunterschriften genutzt würden, um die Dramaturgie der Albumerzählung zu verstärken. Im Unterschied zur berufsfotografischen Darstellung, die auf Individualisierung und Typisierung setzte, verorteten sich die privaten Albenautoren eher in Gruppen- und Binnengemeinschaften.

SANDRA STARKE (Potsdam), stellte ihre Forschung zu privaten Fotoalben in der DDR vor, die Teil des BMBF-geförderten Forschungsverbundes "Das mediale Erbe der DDR. Akteure, Aneignung, Tradierung" (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Ludwig-Maximilians-Universität München und Freie Universität Berlin) ist. Auch sie untersucht Fotoalben als Medien biografischer Erinnerung und betonte die Wandelbarkeit des Mediums, das sowohl neuen Formen der Bildlichkeit als auch technischen Entwicklungen Rechnung trage. In ihrem Promotionsvorhaben nutzt sie die seriell-ikonografische Methode [\[1\]](#), um Spezifika im Hinblick auf Bildmotive wie Arbeit, Reisen, Westbesuch, sozialistische Prestigeprojekte, propagandistische Großveranstaltungen sowie politische Zäsuren und Ereignisse zu erkennen und um aufzuzeigen, wie die sozialistische DDR in die privaten Erzählungen der Alben eingebunden wurde. Durch eine dispositivtheoretische Herangehensweise an Fotoalben kann sie die Performanz und Narrativität des Mediums

durch die Analyse der inneren Struktur, Gestaltung und Ordnung aufzeigen. Quellengrundlage bilden 200 Fotoalben aus Privatbesitz und aus Archiven sowie Experteninterviews mit 15 Zeitzeug/innen, die Auskunft über die Gestaltung ihre Fotoalben und Gebrauchspraxis gaben. Starke schlug vor, die Albumautor/innen als „Prosumenten“ zu verstehen, um sowohl ihrer Rolle als Produzent/innen der Fotografien und Gestalter/innen der Albennarrative als auch als Nutzer/innen und Betrachter/innen der Alben Rechnung zu tragen. Starke versteht den Gestaltungsprozess der Fotoalben als identitätsstiftenden und kommunikativen Aushandlungsprozess innerhalb einer Familie oder Gruppe. Beispielhaft zeigte sie die Selbstverortung privater Fotografie im öffentlichen Raum der DDR auf: Im ersten Album wurde Halle, entsprechend dem offiziellen Bild, als moderne sozialistische Stadt visualisiert während im zweiten Album der Verfall der Innenstadt des sächsischen Crimmitschau dokumentiert wurde, um, so die Angaben der Albumgestalterin, in der Zukunft den baulichen Fortschritt abgleichen zu können. Diesem Bedürfnis nach der Darstellung einer zeitlichen Dimension kommen auch Vorher-Nacher-Bilder von bekannten Orten und Gebäuden nach. In diesem Sinne fungierten, so Starke, viele Albumautor/innen auch als Ortschronist/innen. Auch anhand von Fotografien von 1. Mai-Demonstrationen konnte Starke feststellen, dass die private Fotografie des öffentlichen Lebens in der DDR überwiegend positiv konnotiert war. Die Alben präsentierten die schönen Erinnerungen an die Vergangenheit, Unangenehmes wurde nicht fotografiert. Somit trugen die privaten Bilder und die durch sie transportierte Wahrnehmung der DDR zur Stabilität des Alltags bei und gestalteten ihn visuell mit.

ANNETTE VOWINCKEL (Potsdam) wies in ihrem Kommentar eingangs auf die vor kurzem erschienene Ausgabe der Fachzeitschrift „Fotogeschichte“ zu Fotoalben im 19. Jahrhundert [\[2\]](#) sowie auf die geplante Ausgabe zum 20. Jahrhundert hin. Entgegen der Annahme in „Fotogeschichte“ versteht Vowinckel die Fotoalbenforschung nicht mehr als Forschungslücke, da in den letzten Jahren vermehrt Arbeiten zu diesem Thema entstanden. Vielmehr erfreuten sich Fotoalben momentan einer großen Popularität, was auch dazu führe, dass Flohmärkte regelrecht leer gekauft seien und Alben auf Ebay Spitzenpreise erzielten. Diese Beobachtung bestätigte Prehn für Quellen aus der Zeit des Nationalsozialismus und wies darauf hin, dass der Preisanstieg weitere Forschung hemmen könnte. Der Markt für DDR-Fotoalben, so Starke, werde hingegen in den kommenden Jahren eher anwachsen, da die nachfolgenden Generationen die Albenbestände ihrer Eltern nur selten selbst übernehmen wollten oder könnten.

In der Debatte wurde zunächst die Frage der Repräsentativität von Fotoalben, zwischen individueller und standardisierter Gestaltung, behandelt. Ashkenazi berichtete aus seinem Projekt, in dem über 15.000 Fotografien auf sich wiederholende Motive und Muster überprüft werden und somit die Repräsentativität dem methodischen Zugang diene. Prehn verwies einerseits auf die große Verbreitung standardisierter kommerzieller Fotoalben, insbesondere für Kriegsfotoalben, andererseits erkenne er einen hohen Grad an Individualität in der Gestaltung von grafischen Elementen und Beschriftungen besonders in Alben aus den 1920er- und 1930er-Jahren. Des Weiteren wurden Kontinuitäten und Brüche, besonders mit Blick auf historische Zäsuren, thematisiert. Laut Ashkenazi würden sich die Zäsuren von 1933 zwar motivisch nicht in den Fotografien von Jüdinnen und Juden niederschlagen, jedoch ändere sich der Kontext der Entstehung der Fotografien und Alben, was wiederum deren Bedeutung für die Familien wandle und die Betrachtungsweise beeinflusse. Auch das Exil führe nicht zwingend zu visuellen Brüchen in den Alben, vielmehr zeichne sich die Darstellung der ersten Jahre im Exil durch eine visuelle Kontinuität aus. Die Zäsur 1989/90 wiederum schlage sich stärker in den Alben wieder, einerseits auf einer medialen Ebene durch den Wechsel zu Farbfilmern, andererseits auf der motivischen Ebene,

zum Beispiel durch die Darstellung von Westbesuchen. Auch stellte Starke eine ortschronistische Motivation bei der Dokumentation der politischen Ereignisse, zum Beispiel des Mauerfalls, fest. Hier finde eine Selbsteinschreibung der Albenautoren in die Geschichte statt. Eine wichtige Frage stellte sich zum Umgang mit den in den Projekten erhobenen Forschungs- und Metadaten und ihrer Zurverfügungstellung. Laut Prehn sei es ein Problem, dass diese Frage in Forschungsprojekten häufig nicht oder erst zu einem späten Zeitpunkt thematisiert werde und die Daten zum Teil nicht vollständig oder einheitlich erfasst würden. In allen vorgestellten Projekten wurden die Bild- und Persönlichkeitsrechte problematisiert, die die Bereitstellung der Quellen und Daten erschwerten. Abschließend wurde auch die Relevanz der Langzeitarchivierung der Forschungsbestände betont.

Das Panel konnte durch die Vorstellung der drei Forschungsprojekte die Bandbreite der Albenpräsentationen und der Zugänge zu ihnen darlegen. Es zeigte zudem auf, dass auch Alben ohne eine umfangreiche Überlieferung zu den Albenautoren oder zur Rezeptionsgeschichte wichtige Einblicke und neue Erkenntnisse hervorbringen können. Gewonnen hätte das Panel von einer intensiveren Auseinandersetzung mit Methodologien, insbesondere mit Blick auf die Analyse der Gestaltungsebene. Auch hätte die Auswirkung der Digitalisierung auf die Erforschung analoger Fotografien und Fotoalben problematisiert werden können. Dennoch verdeutlichte die anschauliche Zusammenführung unterschiedlicher Forschungsprojekte eindrücklich den Mehrwert der geschichtswissenschaftlichen Albenforschung und der Auseinandersetzung mit privaten Fotografien.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Michael Wildt (Berlin)

Michael Wildt (Berlin) - Einführung

Ofer Ashkenazi (Jerusalem) - Home and Heimat in Times of Crisis: German-Jewish Family Albums, 1928–1938

Ulrich Prehn (Berlin) - Zwischen öffentlicher (Re-)Präsentation und privater Erinnerung: Fotografen von Arbeitswelten im Nationalsozialismus

Sandra Starke (Potsdam) - Private Fotoalben in der DDR

Annette Vowinckel (Potsdam) - Kommentar

Anmerkungen:

[1] Ulrike Pilarczyk / Ulrike Mietzner, Das reflektierte Bild. Die seriell-ikonografische Fotoanalyse in den Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Bad Heilbrunn 2005.

[2] Bernd Stiegler / Kathrin Yacavone (Hrsg.), Norm und Form. Fotoalben im 19. Jahrhundert (Fotogeschichte, Heft 161), Marburg 2021.

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Fotografien im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 27.11.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9142.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) HT 2021: Zurück ins Reich? Konflikte, Legitimation und Identität in Grenzregionen

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Stefan Brenner, Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt zur Geschichte Schleswig-Holsteins in Mittelalter und Früher Neuzeit, Christian-Albrechts-Universität

Wer unter Eindruck des Schengener Abkommens oder etwa der Begründung der Eurozone von dem Gefühl beschlichen wurde, dass Staatsgrenzen im Europa des 21. Jahrhunderts als Auslaufmodell bald auf dem Komposthaufen ausgedienter staatspolitischer Konzepte landen würden, wurde angesichts der europäischen Migrationskrise oder noch eindrücklicher mit den Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie zumindest fürs Erste eines Besseren belehrt: Grenzen sind und waren seitdem wieder nicht nur in den Köpfen vieler Berufspendler und Reisender fest verankert. Anlässlich der jüngsten Jährgang der Pariser Vorortverträge setzte sich die epochengreifende Sektion „Zurück ins Reich? Konflikte, Legitimation und Identität in Grenzregionen“ anhand unterschiedlicher, vom Mittelalter bis in die Nachkriegszeit reichender Fallbeispiele mit der auch heute noch brandaktuellen Frage nach der Rechtfertigung von Grenzverläufen und -verschiebungen und den in mitunter umstrittenen Grenzräumen entwickelten Identitätskonzepten auseinander.

Im Rahmen seiner thematischen Einführung präsentierte ENNO BÜNZ (Leipzig) einen kundigen, bis in die jüngste Zeit reichenden Abriss der historischen Bedeutung von Grenzen vorrangig als politisches Ordnungsprinzip von Staatlichkeit und Herrschaft. Gerade weil Grenzvorstellungen und -konzepte angesichts ihres raum-, kultur- und epochenübergreifenden Bestehens einen gradezu universellen Charakter aufweisen, sprach Bünz der geschichtswissenschaftlichen Beforschung von Grenzen ganz zurecht ein enormes Erkenntnispotential zu: So kann eine Auseinandersetzung mit Grenzen nicht nur Aufschlüsse hinsichtlich ganz praktischer Fragen von Herrschaft liefern, schließlich müssen dieselben organisiert, verwaltet sowie schließlich legitimiert und mitunter auch verteidigt werden. Darüber hinaus gestatten Grenzen gleichermaßen auch Einblicke in sozial- oder kulturgeschichtliche Sachverhalte, denke man etwa an Herausforderungen des Grenzverkehrs, des grenzüberschreitenden Handel oder an Migration.

Im Anschluss an diesen thematischen Aufriss lieferte LAURA POTZUWEIT (Kiel) mit der Insel Gotland ein erstes, aufgrund ihrer zentralen Lage in der Ostsee zugegebenermaßen ein Stück weit unerwartetes, auf den zweiten Blick gleichwohl treffendes Beispiel für einen innereuropäischen, vormodernen Grenzraum. Auch wenn die heutige Zugehörigkeit zu Schweden unumstritten ist, sah sich die Insel durch das Mittelalter hinweg ganz im Sinne einer *contested landscape* unterschiedlichen Hoheitsansprüchen ausgesetzt: Die Könige von Dänemark und Schweden sowie das Mecklenburgische Herzogshaus und nicht zuletzt der Deutsche Orden verstanden die Insel mit mal mehr, mal weniger überzeugenden Argumenten zeitweise als Teil ihrer Einfluss- und Hoheitssphäre. Während die um die Insel geführten dänisch-schwedisch-mecklenburgischen Auseinandersetzungen 1395 im Frieden

von Lindholm einen gewissen Ausgleich erfuhren, und Dänemark die Kontrolle über weite Teile der Insel zugesprochen wurde, trat wenig später der Deutschen Orden als Akteur in dieser Gemengelage auf, als er die dort inzwischen untergekommenen Vitalienbrüder vertrieb und die Insel im Anschluss regelrecht in Besitz nahm – die Folge war ein Wiederaufflammen der Streitigkeiten über die Besitzverhältnisse Gotlands. Potzuweit konnte zeigen, dass in der Folge unterschiedliche Narrative entwickelt wurden, die als Legitimationsgrundlage für die Hoheitsansprüche über die Insel dienen sollten: Der Deutsche Orden betonte die Eroberungsleistung und die Vertreibung der Vitalienbrüder, die bis dahin die Handelsverkehr auf der Ostsee gefährdeten; die Unionskönigin Margarethe I. hingegen verwies auf erbliche Ansprüche und gar auf ein göttliches Besitzrecht. 1408 konnte sich letztlich die dänische Seite durchsetzen und Gotland sollte gegen eine finanzielle Entschädigung für den Orden und nachdem Erich von Pommern 1448 endgültig auf bestimmte Hoheitsrechte verzichtet hatte, bis 1645 von Kopenhagen aus regiert werden. Ganz gemäß der Leitfrage der Sektion, setzte sich in diesem Konflikthorizont letztlich also die Argumentation „Zurück ins Reich“ durch.

Im geographischen Nordeuropa ist auch der Redebeitrag von CAROLINE ELISABETH WEBER (Odense) zu verorten, der sich mit der deutsch-dänischen Grenzfrage im 19. und 20. Jahrhundert und dessen bis heute reichenden Konsequenzen für das Zusammenleben zwischen Deutschen und Dänen auseinandersetzt. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erwuchs aus der Frage der nationalen Zugehörigkeit des multiethnischen, von Deutschen, Dänen und Friesen gleichermaßen bewohnten Herzogtums Schleswig, ein langfristiger deutsch-dänischer Konflikthorizont. Während die Schleswig-Holsteinische Erhebung (Treårskrigen) noch keine Grenzveränderungen in den Herzogtümern Schleswig und Holstein zur Folge hatte, musste der König von Dänemark aufgrund seiner Niederlage im Deutsch-Dänischen Krieg 1864 auf seine Herrschaftsansprüche in Schleswig, Holstein und Lauenburg zugunsten Preußens und Österreich verzichten. Diese derart geschaffene deutsch-dänische Grenze wurde allerdings 1920 auf Basis von zwei Volksabstimmungen revidiert, die auch den heutigen Grenzverlauf festlegten. Der nördliche Teil Schlesiws ging an Dänemark, der südliche verblieb beim Deutschen Reich; nationale Minderheiten auf beiden Seiten waren die Folge. Weber präsentierte im Rahmen ihres Vortrag die unterschiedlichen regionalen und nationalen Zugehörigkeitsnarrative, die dabei über die Jahrhunderte von Dänen und Deutschen an das Herzogtum Schleswig herangetragen wurden: Dänischerseits kursierte seit 1864 das Narrativ des verlorenen Schlesiws, und die Hoffnung auf eine „Wiedervereinigung“ (Genforeningen) des Herzogtums mit dem Königreich Dänemark ging mit dem Versailler Vertrag für viele Dänen zumindest in Teilen in Erfüllung, obwohl das Herzogtum zu keinem Zeitpunkt Teil desselben war. Dem gegenüber entwickelte sich im Nachgang des Ersten Weltkriegs auf deutscher Seite die Meistererzählung eines Schlesiws, das den Deutschen mit der Kriegsniederlage geraubt wurde. Insbesondere in der Deutschen Minderheit in Nordschleswig wurde in der Folgezeit der Wunsch nach einer vermeintlichen „Heimkehr“ ins Deutsche Reich laut, für das NS-Regime stand eine offizielle Grenzverschiebung nach Norden allerdings nicht zur Debatte. Dass diese Narrative – nun weniger radikal – mitunter noch heute in Dänemark und Deutschland anzutreffen sind, zeigt welche Bedeutung der deutsch-dänischen Grenzgeschichte noch heute in der kollektiven Erinnerungskultur beigemessen wird.

Die mit dem Frieden von Versailles einhergegangenen Grenzverschiebungen in Mitteleuropa standen auch im Zentrum der Ausführungen von ANDREA DI MICHELE (Bozen). Er blickte in seinem Vortrag wiederum nach Süden, in den Alpenraum und dort konkret auf die historische Region Tirol und setzte sich in seinem Vortrag zum einen mit den Legitimationsstrategien auseinander, mit denen das Königreich Italien im Nachgang des

Ersten Weltkrieges versuchte, die Annexion Südtirols auf Kosten Österreich-Ungarns zu rechtfertigen: Abseits von geographischen und militärstrategischen Argumenten, die auf italienischer Seite für die neue Grenzziehung entlang des Brennerpasses angeführt wurden, entwickelten sich ab den 1920er-Jahren im faschistischen Italien zusätzlich historische und zunehmend auch zivilisatorische Rechtfertigungsnarrative für die Verschiebung von Italiens Nordgrenze. So wurde im Mussolini-Regime auf die Eroberung und Romanisierung dieses Raumes durch Drusus und Tiberius vor knapp 2000 Jahren verwiesen und Tirol kurzerhand als Ausgangspunkt der Zivilisierung der Germanenstämme nördlich der Alpen und damit zu einem festen Bestandteil eines vorgeblich seit der Antike bestehenden lateinisch-italienischen Kulturraums stilisiert. Diesem Narrativ folgend wurde die Einwanderung und Niederlassung von Germanen nach der christlichen Zeitenwende insbesondere nach bzw. in Südtirol als oberflächliches und kurzlebiges Intermezzo abgetan, das mit dessen „Wiedervereinigung“ mit Italien sein endgültiges Ende fand – die deutschsprachigen Südtiroler seien sogar seit jeher unwissentlich Italiener gewesen. Darüber hinaus wandte sich Di Michele in seinem Beitrag auch konkret der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol und der Frage nach (Süd-)Tiroler Identitätskonzepten im italienischen Staat zu. Neben dem Erhalt der deutschen Kultur und Sprache war deren oberstes Ziel nach dem Ersten Weltkrieg die „Wiedervereinigung“ mit dem deutschen Kulturraum. Nachdem sowohl die Entstehung eines grenzübergreifenden Tirols als auch der mitunter gewünschte Anschluss an Österreich bzw. das Deutsche Reich letztlich gescheitert waren, entwickelte sich ausgehend von der Nachkriegszeit eine bis in die Gegenwart anhaltende ausgeprägte Regionalidentität, die 1948 und 1972 in umfassenden Autonomierechten kulminierte.

Komplementär zu den von Weber und Di Michele thematisierten deutsch-dänischen respektive österreichisch-italienischen Grenzräumen befasste sich PAUL SRODECKI (Gießen) im Rahmen seines Vortrags mit der deutsch-polnischen Grenzgeschichte und damit mit einer der historisch wohl komplexesten Grenzregionen im Europa des 20. Jahrhunderts. Im Fokus standen dabei die in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945 als „wiedergewonnene Gebiete“ proklamierten Regionen Pommern und Schlesien. Ausgehend von der Piastzeit und dem hochmittelalterlichen Landesausbau in der Germania Slavica im Mittelalter über die Grenzverschiebungen in der Frühen Neuzeit und die polnisch-litauischen Teilungen bis hin zu den Auswirkungen des Versailler Vertrages sowie des Zweiten Weltkrieges präsentierte Srodecki zunächst die mannigfaltigen Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse im nördlichen Ostmitteleuropa in der *longue durée*. Insbesondere auf den Hoheits- und Interessenraum der Piasten stützend versuchte die polnische Regierung, die nach 1945 zu diesem Zweck eigens ein Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete einrichtete, den mit der Westverschiebung Polens im Nachgang des Zweiten Weltkrieges einhergehenden Erhalt Pommerns, Schlesiens und Teilen Ostpreußens als eine vermeintliche „Wiedergewinnung“ ohnehin einst polnischer Gebiete unter Anwendung anachronistischer Argumente zu legitimieren. Dass Schlesien und Hinterpommern seit dem Hoch- bzw. Spätmittelalter kein Bestandteil der polnischen Hoheitssphäre mehr waren, der Südtteil Ostpreußens sogar zu keinem Zeitpunkt zu selbiger gehörte, und in diesen Gebieten mitunter mehrheitlich deutsche und größtenteils germanisierte oder bilinguale westslawische Bevölkerungsgruppen lebten, tat der Argumentation dabei keinen Abbruch. Während diese Gebiete und die dortige nicht deutsche Bevölkerung im 19. und 20. Jahrhundert in Teilen eine staatlich gesteuerte Germanisierung erleben mussten, die mitunter auch von Vertreibung und Verfolgung gekennzeichnet war, wiederholte sich Gleiches nach 1945 nun unter dem Vorzeichen eine vorgeblichen „Re“-Polonisierung.

In der anschließenden Zusammenfassung betonte STEEN BO FRANDSEN (Odense) die augenfällig gewordenen inhaltlichen Gemeinsamkeiten innerhalb der unterschiedlichen vorgebrachten Rechtfertigungsnarrative, die territorialen Hoheitsansprüchen sowie damit korrelierenden Grenzverschiebungen und -verläufen als Legitimationsgrundlage dienen sollten. Anhand der präsentierten Einzeluntersuchungen – jeder der betrachtenden Grenzräume betraf auf die eine oder andere Weise deutsche Bevölkerungsgruppen – wurde zudem deutlich, dass die in diesem Zusammenhang produzierten, den jeweiligen Meistererzählungen zugrundeliegenden Argumentationsstrukturen in variierenden Nuancierungen zwischen gottgewollten, naturräumlichen, militärstrategischen, historischen und kulturellen Prämissen oszillieren konnten. Insbesondere den Aspekten der Historizität von Regionen und der Kulturzugehörigkeit dortiger Bevölkerungsgruppen wurde und wird bis heute dabei eine große Überzeugungskraft für Grenzveränderungen respektive deren Status quo zugesprochen, was sich etwa anhand der Häufigkeit des Verweises auf eine vermeintliche „Wiedervereinigung“ oder „Wiedergewinnung“ und dem damit einhergehenden Rückbezug auf vergangene Grenzverhältnisse ablesen lässt. Als Ausgangspunkt für die Forderung nach oder Rechtfertigung von Grenzverschiebungen sind in der Regel wiederum ideologische, ökonomische oder schlicht machtpolitische Faktoren ausfindig zu machen. Als eine Konklusion der darauffolgenden Diskussionen ließe ein Abrücken von der Vorstellung einer Grenze als ausschließlich lineares Konzept konstatieren: Grenzen müssten vielmehr zugleich als politisch und sozial permeable und stets fluide Kontakt- und Konfliktzonen mit eigenen Voraussetzungen, Chancen und Herausforderungen interpretiert werden, um das diesem Phänomen zugrundeliegende Erkenntnispotential nicht einseitig zu verengen. Abschließend lässt sich resümieren, dass es der Sektion gelungen ist, epochenübergreifende Argumentationsgrundlagen für territoriale Besitzansprüche und Grenzverschiebungen exemplarisch offen gelegt sowie die möglichen Folgen derselben für die Identitätsgefüge der davon betroffenen Bevölkerungsteile ausgeleuchtet zu haben.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Enno Bünz (Leipzig)

Enno Bünz (Leipzig): Einleitung und Hinführung zum Thema

Laura Potzuweit (Kiel): Gotland – Mittelalterliche Besitznarrative zwischen Schweden, Dänemark und dem Deutschen Orden

Maximilian Groß (Paris/Heidelberg): Die Ré-union unter Ludwig XIV.: Saarregion, Elsass und die Pfalz

Caroline Elisabeth Weber (Sonderburg): Up ewig ungedeelt oder wiedervereinigt? Schleswig-Holstein und Dänemark zwischen Bürgerkrieg und demokratischer Volksabstimmung 1848 bis 1920

Andrea Di Michele (Bozen): Südtirol/Trentino zwischen italienischem Faschismus, Option und nationalsozialistischer Besatzung

Paul Srodecki (Gießen): Pommern und Schlesien als „wiedergewonnene Gebiete“ in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945

Steen Bo Frandsen (Sonderburg): Kommentar

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Zurück ins Reich? Konflikte, Legitimation und Identität in Grenzregionen, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 27.11.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9157.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.